

Fragen

für die Fragestunde der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Januar 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	1
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	13, 25	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 14	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	17
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	15, 16	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	3
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	26, 27	Renner, Martina (DIE LINKE.)	21, 22
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	18, 19	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 12	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	6, 7

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
**Renate
Künast**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche der in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 4. Januar 2015 (www.faz.net/aktuell/politik/inland/spd-justizminister-heiko-maas-fuehrt-ein-koalitionslehrstueck-auf-13342738.html) genannten Vorhaben („Maas Gesetzes-Kaskade begann vor ein paar Wochen mit der Ankündigung, das Strafrecht bei Vergewaltigung zu verschärfen. Dann folgte ein Kabinettsbeschluss zum Schutz von Kleinanlegern, dann das Anti-Doping-Gesetz. Im Bundestag verteidigte Maas seine Mietpreislöscher und warb für die Erhöhung der Rente für SED-Opfer. Außerdem verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz gegen Kinderpornographie.“) sind bereits als Gesetz in Kraft, und wann werden die anderen in Kraft treten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie hoch waren die Einnahmen durch die Mineralölsteuer sowie die Mehrwertsteuer bei Diesel und Benzin in den vergangenen fünf Jahren (Auflistung pro Jahr), und in welcher Weise hat sich der zuletzt deutlich gesunkene Ölpreis auf die Steuereinnahmen ausgewirkt?
3. Abgeordneter
**Richard
Pitterle**
(DIE LINKE.) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei Projekten wie „Band Aid 30“, bei denen die aus dem Verkauf eines Musikstückes generierten Einnahmen vollständig für einen wohltätigen Zweck, wie den Kampf gegen die Ebola-Epidemie gespendet werden, von der Erhebung der Umsatzsteuer abzusehen, um die Einnahmen, die für den wohltätigen Zweck gespendet werden, weiter zu erhöhen, und wenn ja, wie wäre die genaue Ausgestaltung entsprechender Optionen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

4. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche jährlichen Kosten würden der Deutschen Rentenversicherung jährlich entstehen, wenn sich die Rentenbeitragszahlung für Altersrentnerinnen und -rentner, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen (geringfügige Beschäftigung ausgenommen), künftig rentensteigernd auswirken würde, und welche jährlichen Kosten würden der Bundesagentur für Arbeit jährlich entstehen, wenn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Altersrentnerinnen und -rentner abgeschafft würden?
5. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern haben nach Ansicht der Bundesregierung ältere Beschäftigte schon heute die Möglichkeit, sofern sie dies selbst wünschen und körperlich können, über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten, und in welchem Maße nehmen Arbeitgeber die durch das Rentenpaket ermöglichte Option wahr, Arbeitsverträge nicht mehr automatisch mit dem Erreichen des Regeleintrittsalters zu beenden?
6. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Ziele und Notwendigkeiten des von der Bundesagentur für Arbeit ausgeschriebenen Verfahrens „Social Media Monitoring Tool“ (Programm zum Beobachten sozialer Medien, vgl. Berichterstattung in der Jungen Welt vom 6. Januar 2015 „Nürnberger Spionageamt“), bei dem es laut Ausschreibung um die „Automatisierte Identifikation und Analyse von Diskussionen und Kommentaren im deutschsprachigen Social Web“ geht (vgl. www.evergabe-online.de), und können mit diesem Verfahren auch Spuren gesammelt und ausgewertet werden, die Erwerbslose (und andere) in sozialen Netzen (z. B. in Foren, Blogs, Verkaufsplattformen oder Kommentarspalten) hinterlassen?
7. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sind nach Kenntnissen der Bundesregierung relevante Akteure wie der Verwaltungsrat und Bundesdatenschutzbeauftragte einbezogen worden, und welche Angaben kann die Bundesregierung hinsichtlich der Kosten des Projekts und der Anzahl der eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

8. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der vom Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt beschriebene Vorschlag der US-Regierung bezüglich einer Regelung zur Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln mittels Barcode oder QR-Code (vgl. ARD-Tagesschau vom 5. Januar 2015, 20 Uhr) eine für die Europäische Union annehmbare Verhandlungsgrundlage für die TTIP-Verhandlungen (TTIP – Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA) darstellt, und wenn nein, wann plant die Bundesregierung ihre Kritikpunkte an dem genannten Vorschlag der Europäischen Kommission sowie den anderen Mitgliedstaaten zu übermitteln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

9. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die von der Bundesregierung geplante unabhängige Expertenkommission zum Fracking, die im Einzelfall prüfen soll, ob eine kommerzielle Fracking-Aktivität in Schiefer- oder Kohleflözgesteinen oberhalb von 3 000 Metern Tiefe in einer bestimmten Lagerstätte als unbedenklich einzustufen ist, auch zu Fracking-Erprobungsmaßnahmen in Schiefer- oder Kohleflözgesteinen oberhalb von 3 000 Metern Tiefe Stellung beziehen, oder soll die Prüfung im Fall von Erprobungsmaßnahmen in solchen Lagerstätten ausschließlich durch die zuständigen Behörden erfolgen und somit auch bereits vor der Einsetzung der Expertenkommission ausdrücklich möglich sein?
10. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau (Kalenderdatum bitte angeben) und in welcher Form (E-Mail oder postalisch) hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) die im BMUB-Auftrag erstellte Stellungnahme der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit vom 14. November 2013 zur damals noch beantragten Leistungserhöhung des Atomkraftwerks Gundremmingen erstmals an die bayerische Atomaufsichts- und Genehmigungsbehörde übermittelt (vgl. hierzu beispielsweise die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 65 auf Bundestagsdrucksache 17/14837)?

11. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung im Jahr 2014 oder 2015 vom französischen Staatspräsidenten François Hollande auf offiziellem Wege eingefordert, dass seine ursprüngliche Zusage (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. September 2012), dass das direkt an der deutsch-französischen Grenze liegende Atomkraftwerk Fessenheim spätestens bis zum Jahr 2017 endgültig stillgelegt wird, eingehalten wird (bitte mit Angabe des Kalenderdatums, der Form und des betreffenden Kabinettsmitglieds)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

12. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Verfahrensstand (bitte unter Angabe der einzelnen Positionen und möglichen Kompromissvorschlägen) gibt es zwischen der Bundesnetzagentur, der Europäischen Kommission und dem russischen Energiekonzern Gazprom zur Nutzung von Transportkapazitäten der Ostsee-Anbindungs pipeline (OPAL), und unterstützt die Bundesregierung die Nutzung von 100 Prozent der OPAL-Transportkapazitäten durch Gazprom (bitte begründen)?
13. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass sowohl beim nordrhein-westfälischen Röhrenbauer „Europipe“ Kurzarbeit für Hunderte Mitarbeiter droht (www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/south-stream-flop-europipe-droht-kurzarbeit/11180646.html) sowie beim Konzern „Salzgitter“ finanzielle Verluste „im unteren zweistelligen Millionenbereich“ zu erwarten sind (www.nwzonline.de) – Erkenntnisse über Auswirkungen des Endes des South-Stream-Gaspipeline-Projektes durch Russland auf Deutschland (Arbeitsmarktsituation, finanzielle Einbußen von Unternehmen, Insolvenzen etc.), und inwieweit hat die Bundesregierung darüber Erkenntnisse, dass infolge der westlichen Sanktionspolitik „die deutschen Ausfuhren nach Russland [...] um ein Fünftel“ zurückgehen werden, was einem Handelsvolumen von rund 7 Mrd. Euro entspreche und dadurch „in Deutschland rund 50 000 bis 60 000 Arbeitsplätze“ gefährdet sind (www.handelsblatt.com/politik/international/westliche-sanktionen-starker-rueckgang-von-exporten-nach-russland/11203800.html)?

14. Abgeordneter
**Harald
Ebner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche datenschutzrechtlichen Fragen wären aus Sicht der Bundesregierung bei einer Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel per Barcode oder QR-Codierung zu klären bzw. zu regeln, u. a. bezüglich möglicher Rückschlüsse auf das Einkaufsverhalten auf Basis des Auslesens der Codes durch dafür notwendige Apps?
15. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann die Bundesregierung zusichern, dass die Kreditgarantie in Höhe von 500 Mio. Euro an die ukrainische Regierung (www.dw.de/jazenjuk-wirbt-in-berlin-um-unterst%C3%BCtzung/a-18176232) für den Wiederaufbau bzw. Ausbau der sozialen und ökonomischen (zivilen) Infrastruktur verwendet wird und damit nichtmilitärische Projekte (Ausrüstung, Ausbildung, „Grenzsicherung“ wie die Mauer an der Grenze zu Russland) finanziert werden (www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-militaer-mit-neuem-kriegsgeraet-ausgeruestet/11186658.html)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

16. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass sich nach Unterlagen des mexikanischen Verteidigungsministeriums alleine in der Provinz Guerrero 1924 Gewehre vom Typ G36 des Waffenherstellers Heckler & Koch GmbH widerrechtlich entgegen der Endverbleibklausel in Besitz der Polizeikräfte befinden, von denen im Zuge des Ermittlungsverfahrens um die am 26. September 2014 in Iguala sechs erschossenen und 43 entführten Studenten, 36 Sturmgewehre dieses Typs durch die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurden, sowie den zahlreichen weiteren Fällen von Menschenrechtsverletzungen in dieser und anderen mexikanischen Unruheprovinzen durch Angehörige der organisierten Kriminalität mit breiter Beteiligung der Polizei auch in Betrachtung auf das derzeit verhandelte Sicherheitskooperationsabkommen, und wird die Bundesregierung künftig Waffenlieferungen nach Mexiko ausschließen bzw. nicht mehr genehmigen (www.imionline.de/2014/04/09/ruestungsexporte-nach-mexiko-ein-update/, www.taz.de/Heckler-Koch-unter-Verdacht/!151034/)?

17. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger sowie weiteres medizinisches Fachpersonal aus Deutschland sind mittlerweile in staatlichem Auftrag in den von der Ebola-Epidemie betroffenen Gebieten Westafrikas im Einsatz, und welche finanziellen Mittel hat die Bundesregierung zur Bekämpfung der Epidemie konkret überwiesen (bitte nach Höhe und Empfänger auflisten)?
18. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Welchen Stand hat die seit acht Monaten ausstehende Beantwortung eines Fragenkataloges der Bundesregierung an die US-Regierung zur Beteiligung von US-Anlagen in Ramstein oder Stuttgart am US-Drohnenkrieg, an die das Auswärtige Amt angeblich zunächst „fortgesetzt“, dann „eindringlich“ und „mit Nachdruck“ und mittlerweile „fortgesetzt eindringlich“ erinnern muss (zuletzt am 23. September 2014, vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 8 bis 14 auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/2938), obwohl die zuständige Staatsministerin im Auswärtigen Amt Dr. Maria Böhmer mir im Juli 2014 eine Antwort auf meine Mündliche Frage 3, Plenarprotokoll 18/45 „innerhalb weniger Wochen“ versprach, und welche Fragenkataloge an die USA wurden seit dem Jahr 2012 überhaupt beantwortet bzw. nicht beantwortet (bitte hierzu aufführen, wo die jeweiligen Fragenkataloge eingereicht worden waren)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Was ist im Einzelnen damit gemeint, wenn die Bundesregierung in ihrer „Digitalen Agenda“ unter der Überschrift „Mehr Sicherheit im Cyberraum“ davon spricht, im Bundeskriminalamt das „Cybercrime Center“ weiter auszubauen und die Bearbeitung „phänomenübergreifender Internetaktivitäten“ zusammenzufassen, und auf welche konkrete Art und Weise soll auch die Bundespolizei wie erwähnt von einer „strategischen Neuausrichtung der Cyber-Sicherheitsarchitektur“ und einer „besseren Ausstattung der Sicherheitsbehörden in technischer und personeller Hinsicht“ im Bereich „Cybercrime, Cyberspionage und Cybersecurity“ profitieren (bitte auch hier die einzelnen Maßnahmen darstellen)?

20. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher Erwägungen hält es die Bundesregierung integrationspolitisch für sinnvoll, die Voraussetzungen der Anspruchseinbürgerung nach sieben statt acht Jahren gemäß § 10 Absatz 3 des Staatsangehörigkeitgesetzes (StAG) nach erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs abweichend von Nummer 10.3.1 der vorläufigen Anwendungshinweise des Bundesministerium des Innern (BMI) zum StAG vom 17. April 2009 dahingehend restriktiver auszulegen, dass nunmehr – auch von hochqualifizierten Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen – nicht mehr lediglich der Nachweis der bestandenen Prüfungen, sondern in jedem Fall die Teilnahme an dem gesamten Kurs erforderlich sein soll (vgl. Schreiben des BMI an die für Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten zuständigen obersten Landesbehörden vom 31. Juli 2013, Az. VII5-21008/1#3, Betr.: Test „Leben in Deutschland“), und wie rechtfertigt die Bundesregierung die dadurch voraussichtlich entstehenden Mehrkosten für die öffentliche Hand?
21. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Waffen haben Bundesbehörden, insbesondere Zoll, Bundespolizei und Bundeskriminalamt (BKA), seit dem 1. Januar 2012 bei Islamisten und Rückkehrern aus Syrien, Afghanistan, Pakistan und Irak festgestellt und beschlagnahmt?
22. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Waffen haben Bundesbehörden, insbesondere Zoll, Bundespolizei und BKA, seit dem 1. Januar 2012 bei Islamisten und Rückkehrern aus Syrien, Afghanistan, Pakistan und Irak festgestellt und beschlagnahmt?
23. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über wie viele Personen aus Deutschland mit vermutetem Bezug zum Islam – v. a. in Richtung Irak bzw. Syrien wohl zum Kampf Ausgereiste – übermittelten Behörden des Bundes (oder der Länder nach Kenntnis der Bundesregierung) seit dem Jahr 2013 auch eigeninitiativ Informationen an US-amerikanische Sicherheitsbehörden (bitte nach Absender- bzw. Empfängerbehörde, Zahl und Art der Datensätze, Ausgereiste/nicht Ausgereiste aufschlüsseln), deren Antiterrorismus-Zentrum NCTC (National Counterterrorism Center) eine Datenbank mit bereits 15 000 mutmaßlichen IS-Kämpfern führt (vgl. Deutschlandfunk vom 30. Dezember 2014, The Washington Post vom 29. Dezember 2014), und nach je welchen Kriterien wählten deutsche Behörden diese Personen sowie die über sie übermittelten Datenarten aus?

24. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schloss die Bundesregierung, als sie US-Sicherheitsbehörden (z. B. Handy-) Daten von Personen aus Deutschland mit vermutetem Bezug zum Islam oder Kampfeswunsch in Syrien bzw. im Irak übermitteln ließ (vgl. Deutschlandfunk vom 30. Dezember 2014) jeweils sicher aus, dass US-Stellen damit etwa solche deutschen Staatsbürger nach Ortung u. U. durch gezielten Drohnenbeschuss töten, und wie viele Datensätze über diesen Personenkreis – etwa anlässlich deren Wiedereinreisen in die EU – erhielten deutsche von US-Sicherheitsbehörden seit dem Jahr 2013, wobei hiesige Empfängerbehörden nicht ausschließen konnten, dass sie selbst diese Daten nicht hätten generieren dürfen wegen deutscher bzw. EU-Beschränkungen zum Datenabgleich?
25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, welche Teile der syrischen Opposition (bewaffnete Einheiten bzw. Gruppen) seit dem Jahr 2012 zu islamistischen Gruppierungen (al-Nusra-Front, al-Kaida, Islamischer Staat) übergewechselt sind?
26. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung mit Blick auf die Rede des Bundesministers des Innern Dr. Thomas de Maizière auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes am 6. Dezember 2014 in Dresden (Olympiabewerbung von Deutschland für Deutschland) die Bewerbung von Berlin bzw. Hamburg für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 und 2028 und bei Zuschlag durch das Internationale Olympische Komitee auch die Organisation und Durchführung dieser Sportgroßveranstaltungen (bitte im Einzelnen die bereits beschlossenen und geplanten Aktivitäten und die dafür vorgesehenen Bundesmittel nennen)?
27. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes auf den Vereinssport (siehe auch „Sport mit der Stechuhr“ im Kölner Stadtanzeiger vom 8. Januar 2015), und inwieweit sind aus Sicht der Bundesregierung die diesbezüglichen Hinweise im „Rechtstelegramm für Vereins- und Verbandsarbeit“ der Führungsakademie des Deutschen Olympischen Sportbundes zur Umsetzung des Mindestlohngesetzes sachlich richtig?

